

## **Änderungsantrag zum Leitantrag (Zweitentwurf) an den 12. Landesparteitag Sachsen**

**Einreicher:** Dorothea Wolff, Kathrin Kosche, Wolfgang Waitz und weitere Mitglieder der Regionalgruppe Vogtland der LAG Hartz IV

**Antrag:** Der Parteitag möge beschließen:

Nach Zeile 967 wird eingefügt:

"Als Partei der sozialen Gerechtigkeit muss sich DIE LINKE verstärkt bemühen, Menschen, die ins soziale Abseits gedrängt wurden, aus ihrer gesellschaftlichen Isolation zu holen und sie für die Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben zu gewinnen oder wiederzugewinnen. Von sozialer Not Betroffene müssen erleben, dass die Linkspartei vielen von ihnen helfen kann, ihre Lebenssituation zu verbessern, z.B. dadurch, dass sie sie über ihre Rechte informiert und sie bei der Durchsetzung ihrer Rechte unterstützt. Das kann auch ihr Selbstvertrauen stärken und ihr Verständnis für linke Politik wecken oder vertiefen. Das Projekt "Links hilft" ist dabei ein wichtiger Ansatz: Partei- und Abgeordnetenbüros sollen umfassender für Sozial- und Rechtsberatung genutzt und damit verstärkt als öffentliche Stätten und Anlaufpunkte für sozial Benachteiligte wahrgenommen werden. Landesvorstand und Kreisvorstände sollen in Zusammenarbeit mit unseren Landtagsabgeordneten, den sächsischen Bundestagsabgeordneten und ihren Mitarbeitern dafür die Voraussetzungen schaffen."

Der folgende Satz in Zeile 968 wird folgendermaßen stilistisch angepasst: Statt "Wir wollen auch hier im Freistaat Konzepte aus der Gesellschaft aufgreifen..." soll es heißen: "Außerdem wollen wir Konzepte aus der Gesellschaft aufgreifen ..."

### **Begründung:**

DIE LINKE trägt in besonderem Maße Verantwortung für diejenigen, die ganz besonders Opfer der sozialen Spaltung im Kapitalismus geworden sind: Aufstocker, Arbeitslose, Empfänger von Sozialhilfe und Grundsicherung im Alter. Viele von ihnen erleben ihre Situation als perspektivlos, leiden unter der Stigmatisierung durch die Mehrheitsgesellschaft, resignieren und ziehen sich in private Nischen zurück. Zunehmend fühlen sie sich auch von der LINKEN im Stich gelassen.

Trotzdem ermittelte Horst Kahrs in Auswertung der Landtagswahl 2014, dass neben Rentnern gerade Arbeitslose unsere Partei überdurchschnittlich gewählt haben (Kahrs: "Degrowths" bei der Linken, 2014). Dass dieser Trend ohne zusätzliche Maßnahmen anhält, ist unsicher. Zu beobachten ist, dass dort, wo DIE LINKE Rechts- und Beratungshilfen anbietet, in Tafeln und Kleiderkammern engagiert ist und dadurch öffentlich in Erscheinung tritt, relativ gute Wahlergebnisse für die LINKE erzielt wurden.

Deshalb ist es wichtig, die Maßnahmen, die der Landesvorstand in seinem Beschluss "Projekt 'Links hilft'" vom 27.02.2015 festgelegt hat, konsequent umzusetzen: Bitte an

die Abgeordneten, in ihren Büros Möglichkeiten zur Durchführung von Sozialberatungen zu schaffen, Gewinnung von Genoss/innen, die diese Sozialberatungen durchführen, Angebot von Qualifizierungen, Gewinnung eines Rechtsanwaltes/ einer Rechtsanwältin zur Begleitung im Sinne des Rechtsdienstleistungs-gesetzes u.a. Offene Parteibüros für Sozial- und Rechtsberatung können dazu beitragen, dass unsere Partei weniger in ihrer Zerstrittenheit, sondern wieder mehr in ihrer sozialen Funktion als unverzichtbar wahrgenommen wird.